

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.15 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.15 Mk. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauhaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Fernsprecher: 13098.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Platzvorrat 25 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 8 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauhaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Eroberung der Insel Moon.

Kampfvorbereitungen und Verhandlungen.

Während die Regierungsozialisten sich an selbstberühmten Reden heraufschälen — ihre Haupt Sorge ist die Sicherung von Mandaten, die mit Hilfe der Freisinnigen, Zentrumsleute und Nationalliberalen gegen die U. S. P. gerettet werden sollen — geht die Rechte, bei der sich auch der größere Trupp der Nationalliberalen befindet, sehr scharf zu einem Angriff auf der ganzen Linie vor. Nicht durch die Linke, vielmehr durch die Rechte ist das politische Wetter auf Sturm gestellt. Im preussischen Abgeordnetenhaus soll er parlamentarisch einsehen. Schon vorher ist angekündigt worden, daß die Konservativen, im Verein mit der „Alten Fraktion“, einen Vorstoß zugunsten der Vaterlandspartei unternehmen würden. Bei der Gelegenheit soll jedenfalls auch der Alldeutschen Kriegsziel als Willensausdruck aller Preußen der Welt verkündet werden. Da man im Abgeordnetenhaus auf eine Mehrheit rechnet, ist die Spekulation, durch solchen Vorstoß, wenigstens nach außen, einen starken Eindruck zu erwecken, gut angelegt. Das um so mehr, als die Reichstagsmehrheit den Eindruck der Schwäche hinterlassen hat. Sie fand nicht einmal den Mut zu einem bescheidenen Mißtrauensvotum gegen die Regierung. Und die Regierungsozialdemokratie opponiert ebenfalls nicht gegen die Regierung und deren Kriegspolitik, sondern lediglich gegen diesen Kanzler.

Es ist gar nicht zu verkennen, daß der Vorstoß der Rechten zu einer wirklichen Krise führen kann. Die von dem Gesamtvorstand der Reichs- und konservativen Partei aufgestellten Ziele müssen jede Friedensaussicht erlöten, wenn dann nicht endlich von der andern Seite der erforderliche Druck einsetzt und jede Zweideutigkeit aufhört. Die Alldeutschen fordern nun „Landerwerb“ im Westen, Kolonialland im Osten und eine Kriegsentwöhnung. Die Kriegsheter im Auslande bekommen gute Tage!

Nicht nur gegen die Friedensbewegung wird ein dicker Stacheldrahtverhau errichtet, auch gegen innere Reformen wird man Trugwalle auf. Das Vorbild gab bereits die konservative, parteioffizielle Kampfansage an die Zulibotschaft des Königs über die Wahlreform in Preußen. Die „Ergänzung“ der Osterbotenschaft hat der Privilegierten Geduldsfaden vollständig zerrissen: nun erst recht nichts! sagen sie. Kein Reichstagswahlrecht in Preußen, Erhaltung des bundesstaatlichen Charakters des Reichs, Unversehrtheit der Beamtenregierung in Deutschland, Umstellung des Parlamentarismus in die frühere reaktionäre Bahn! So das Programm.

Mit der Schaffung eines Muralwahlrechts in Preußen hätten sich die Nationalliberalen abgefunden; wegen der Mehrforderung zogen sie an die Seite der Konservativen. Schon ruft der Abg. Friedberg in den Berliner Neuesten Nachrichten nach der Diktatur gegen die Reichstagsmehrheit: Wie man die Wahlrechtsfrage zu „erledigen“ beabsichtigt, wird also verzerrt: Angehts der vielen Einzelheiten, die nur in mühseligen Kommissionsberatungen gelöst werden können (neue Wahlkreiseinteilung, das heißt: Krieg aller gegen alle!), angehts der bei Verfassungsänderungen notwendigen doppelten Abstimmungen in beiden Häusern, rechnen Kenner mit einer Austragsfrist bis zum Hochsommer 1918. Das bedeutet natürlich Verlängerung der Legislaturperiode, zumal der neue Landtag schon nach dem neuen Wahlgesetz gewählt werden soll. — Das heißt: es soll keine andere, als die jetzige Landtagszusammensetzung über alle die Fragen entscheiden.

Wie die Dinge liegen, muß es bald zu einer Kraftprobe zwischen links und rechts kommen, wenn die Linke nicht vollständig zurückweichen will. Tut sie es — unter der glorreichen Führung Scheidemanns —, dann wird sie rettungslos dem tödenden Fluße der Lächerlichkeit preisgegeben sein.

Hinter den Kulissen wird gewühlt gegen Michaels für Capelle, gegen Capelle für Michaels, gegen beide zugleich und für beide zugleich. Die Presse ist voll von Vermutungen über den Ausgang der Krise. Täglich tauchen neue Gerüchte auf über Vorgänge, die mit der Krise in Verbindung stehen sollen. In den letzten Tagen streitet sich die bürgerliche Presse darüber, ob das Gerücht zutrefte, daß die Fraktionsführer der Nationalliberalen, des Zentrums und der Fortschrittlichen Volkspartei gemeinsam beim Reichskanzler vorstellig geworden wären und ihm ein Mißtrauensvotum ausgestellt hätten. Feststeht jedoch nur, daß

Herr v. Paner für die Fortschrittliche Volkspartei eine ähnliche Mission beim Reichskanzler erledigt hat. Die nationalliberale Presse bestreitet dagegen auf das Entschiedenste, daß von nationalliberaler Seite ein derartiger Schritt unternommen worden sei. Die linksstehende nationalliberale Presse gibt dabei jedoch dem Kanzler deutlich zu verstehen, daß sein Abgang erwünscht sei.

Diese Kulissenverhandlungen sollen den Anschein erwecken, als ob die bürgerlichen Mehrheitsparteien im Bunde mit den abhängigen Sozialisten heute das Schicksal der Regierung in der Hand hielten. In Wirklichkeit folgen sie nur zögernd dem Schritte der Notwendigkeit. Derartige Kulissenverhandlungen haben wir beim Sturze Bethmann Hollwegs schon einmal erlebt. Damals wurden die Parteiführer allerdings befragt. Aber man wollte ihre Meinung hören, nicht weiß man von ihr Entscheidungen abhängig machen wollte, sondern weil man sie befragen wollte zur Durchführung einer Entscheidung, die bereits gefällt war. Wenn die nationalliberale Berliner Börsenzeitung recht unterrichtet ist, wird man auch diesmal die Parteiführer befragen. Allerdings wird man sie nicht zu derselben Stelle schicken, zu der sie in der letzten Krise des Bethmann Hollwegischen Regimes gebeten wurden. Das nationalliberale Berliner Organ will wissen, daß der Monarch die Führer der Parteien persönlich hören wird.

Herr von Michaelis wird also vielleicht unter äußeren Umständen von der politischen Schaubühne abtreten, die stark an die Vorgänge beim Abgang Bethmann Hollwegs erinnern müssen. Aber wer wird nach ihm kommen? Man hat Herrn Michaelis gleich in den ersten Tagen seiner Kanzlerschaft als Bethmann Hollweg der Zweiten bezeichnet. Damit hat man allerdings Herrn von Bethmann Hollweg etwas Unrecht getan, so erstaunlich das klingen mag. Wird nun etwa die einmal begonnene Progression fortgesetzt werden und auf Michaelis ein Michaelis der Zweite folgen, der sich zu seinem Vorgänger verhält, wie dieser zu Herrn von Bethmann Hollweg?

Eine derartige Lösung der Krise liegt nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit. Die Haltung der bürgerlichen Mehrheitsparteien scheint eine derartige Lösung sogar wahrscheinlich zu machen. Geändert hat sich in der Machtverteilung im Staate wirklich nichts. Die Parteien, die vor der Entscheidung im Reichstag davongelaufen sind, werden gewiß nicht die politische Macht erobern. Arm in Arm mit diesen aber will die Partei des Herrn Scheidemann, der sich zur politischen Macht berufen glaubt, eine gründliche Revolutionierung der deutschen Verfassungsstände im Sinne der Demokratie bewirken, ja noch mehr, mit diesen Bundesgenossen will Herr Scheidemann den Sozialismus verwirklichen. Man weiß nicht, worüber man mehr erstaunt sein soll: über die Methode, die Furcht vor dem eigenen Zusammenbruch zu verbergen hinter Ruhmredigkeit im größten Ausmaß, oder über die grandiose Unwissenheit der Scheidemann und seinesgleichen über die wirklichen Machtverhältnisse, die in dieser Ruhmredigkeit zum Ausdruck kommt.

Der Tag von Würzburg.

Die Orientierung nach rechts — 285 für Kreditbewilligung gegen 26.

Würzburg, 17. Oktober.

Die heutige Verhandlung, die Diskussion über den Fraktionsbericht, ist im Grunde die Fortsetzung des Kampfes der beiden vorhergehenden Tage. Ging es damals um die Einigungswünsche, so jetzt um die Frage der Kreditbewilligung. Die Resolutionen Hoch und Lbbe bezeichnen den Standpunkt der beiden ringenden Richtungen.

Die Resolution Hoch besagt, daß die deutsche Sozialdemokratie im Kampf um den Frieden und um die Demokratisierung die Führung übernehmen soll, um im Sinne der Grundzüge des Parteiprogramms und der Beschlüsse der internationalen Kongresse die Macht durch Überwindung der Gegner zu erobern, eine Politik des Entgegenkommens an die Eroberungspläne und scharfmascherischen Bestrebungen aber müsse sie ablehnen. Daher könne die Reichstagsfraktion der jetzigen Reichsleitung keine Kriegsforderungen bewilligen und ebensowenig einer andern Reichsleitung, die sich nicht ausdrücklich und unambiguös zu den sozialdemokratischen Friedensforderungen und den notwendigen Verfassungsänderungen bekennt, oder deren Handlungen ihren Zusicherungen widersprechen.

Die Resolution Lbbe dagegen beginnt mit dem Bekenntnis zur Landesverteidigung und verpflichtet die Fraktion wie bisher, so auch ferner die Bewilligung von Krediten davon abhängig zu machen, „ob sie im Interesse der Landesverteidigung geboten ist“. Was die Resolution dann weiter bringt, Forderung des Friedens, der kein Völkervergewaltigt, offene Erklärung der Regierung für Wiederherstellung Belgiens, Billigung der Friedensresolution der Reichstagsmehrheit, Protest gegen Aufteilung Ostafrikas, das vielmehr volle Autonomie erhalten müsse, Kampfansage wider die Alldeutschen, Forderung der sofortigen Demokratisierung und Ablehnung der Verantwortlichkeit für die Folgen ihrer Verzögerung, ist Beliebig.

Die Debatte zeigt aber gleichzeitig auch, daß der Kampf nicht bloß um die Kreditbewilligung, sondern um mehr, um die ganze Politik der Partei, um ihre Grundzüge und ihre Taktik geht. Das zeigt u. a. auch eine Resolution, die von Winnig u. a. eingebracht ist, in der die Fraktion aufgefodert wird, sie möge zur Bildung einer arbeitssähigen Reichstagsmehrheit beitragen, in der die Partei in grundsätzlichen Fragen ihre volle Freiheit behalten, während sie sich in den Kernfragen der Neuorganisation des Reichs auf ein Mindestprogramm verpflichten und zu dessen Durchführung eine einheitliche Taktik beobachten“ soll.

Das Korreferat Hoch, das wir in der gestrigen telephonischen Meldung schon skizziert haben, war frisch und eindrucksvoll vorgetragen. Aber der gute Vortrag kann die Schwäche der Sachlage nicht verbergen und die mangelnde Resonanz zeigt, daß die Mehrheit der Delegierten recht steht. Und die Abstimmung am Abend ergab denn auch eine überwältigende Mehrheit für die Resolution Lbbe, eine verschwindende Minderheit für die Resolution Hoch. 26 Stimmen erhielt sie gegen 288 abschneidende. Gewiß ein unzuverlässiges Resultat! Die Mehrheit für die Resolution Lbbe war dann noch etwas stärker.

Die Diskussion ließ schon in der Mehrheit der Redner der Rechten das Abstimmungsergebnis erkennen. Nach Noke, dessen Rede wir in der gestrigen telephonischen Meldung schon kurz kennzeichneten, sprachen eine fast ununterbrochene Reihe von Vertretern der herrschenden Richtung in demselben Sinne, wenn auch nicht ganz so großschicksalig wie der Abgeordnete für Chemnitz. So Brückner, der die praktische Arbeit feierte. Die Phrase habe zu lange beherrscht. Er begründete eine Resolution Lesser-Berlin und Genossen, die den Parlamentarismuskritikern einheitliches Auftreten zur Pflicht macht, damit nicht mehr gefaselt werden könne, es bestehe kein Parteitagbeschuß, der es forderte. — Kerschfeld-Köln feierte die Kriegspolitik als Bewahrung in der Angst des Möglichen. Er machte allerdings den Zusatz, die Partei müsse überlegen, ob sie dieser Regierung noch Kredite bewilligen könne. — Stampfer trat für positive Politik ein, — die schwache Partei konnte protestieren, die starke muß Positives leisten; bei den Unabhängigen herrsche der Ablehnungswille. — Lbbe begründete seine Resolution. — Winnig bekräftigte seine oben erwähnte Resolution. Die Mehrheitsbildung sei noch wichtiger als Verfassungsänderungen. Solche Mehrheit sei möglich, denn weder Zentrum noch Fortschritt könnten wagen, dem Trug nach Demokratie zu widerstreben. Dieser Redner plauderte aus, daß man ihn von verschiedenen Seiten „nahgelegt“ habe, diese Resolution aus taktischen Gründen zurückzuziehen, aber er meinte, sie legalisiere ja nur die längst geliebte Praxis und solle nur bewirken, daß man fortan mit gutem Gewissen tun könne, was man bisher nur mit scheuem Seitenblick als eigentlich unerlaubten Aushandel gemacht habe. Diese offene Aufdeckung war den Parteidiplomaten offenbar unangenehm. Man umging schließlich die positive Abstimmung, indem man die Resolution der Fraktion überwies. — Sollmann-Köln erklärte, daß die Annahme der Resolution Hoch zur politischen und moralischen Katastrophe führen müßte; er erkannte aber an, daß viele nur noch deshalb in der Partei seien, weil sie die Kreditverweigerung um Hoch noch in ihr sehen. — Weichmann-Freiburg bewies an der fürchtbaren Gesfahr, in der er und seine Mitbürger bei den häufigen Beschießungen Freiburgs durch feindliche Flieger schweben, daß der Krieg ein Verteidigungskrieg sei und also die Kredite bewilligt werden müssen. — Hanschild-Kassel erklärte, wolle man den Parlamentarismus, so dürfe man vor der Teilnahme an der Regierung nicht zurücktreten. — Pensch redete seinen bekannten Krutzel, daß der Krieg eine Weltrevolution sei und sich um Englands Welt Herrschaft drehe; zu der aktuellen Frage fand er die salomonische